

L-01 Reden, Ringen, GESTALTEN. Wir haben gerade erst begonnen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2017
Tagesordnungspunkt: T-3 Leitantrag L-01

- 1 Reden, Ringen, GESTALTEN
- 2 Wir haben gerade erst begonnen
- 3 Wir haben uns viel vorgenommen: Berlins Verkehr für alle gerecht umzubauen, ein
- 4 Stadtwerk, das Berlin mit regionalem ökologischem Strom versorgt, ein
- 5 Antidiskriminierungsgesetz, die Sanierung der Schulen, die Modernisierung der
- 6 Verwaltung, günstigeren Wohnraum und eine sozialere Politik. Anders als unsere
- 7 Vorgänger*innen verwalten wir Berlin nicht nur – wir gestalten die Stadt.
- 8 Die Menschen in Berlin erwarten zu Recht, dass die Probleme der Stadt endlich
- 9 angegangen werden – dafür haben sie Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Denn es war
- 10 klar: Nur mit Bündnis 90/Die Grünen kommt frischer Wind in die Berliner
- 11 Regierung. Das letzte Jahr hat bereits gezeigt: Dieser frische Wind ist dringend
- 12 nötig. Und wir werden ihn nutzen, auch die Spaltungen in Berlin zu überwinden.
- 13 Für uns ist entscheidend, dass jede*r teilhaben kann, dass die Gesundheit oder
- 14 die Frage, in welchem Kiez man wohnt, nicht davon abhängen, wie dick der
- 15 Geldbeutel ist.
- 16 Mit dem deutlich vergünstigten Sozialticket, einer Tierschutzbeauftragten, der
- 17 Vorlage eines Mobilitätsgesetzes, dem Ausstieg aus der Braunkohle oder der
- 18 Entfesselung des Berliner Stadtwerkes haben wir gezeigt, wie wir Berlin
- 19 gestalten wollen – und so werden wir weitermachen. Auch wir sind ungeduldig und
- 20 vieles würden wir gern schneller umsetzen. Doch uns ist bewusst: Politik kann
- 21 nur dann erfolgreich sein, wenn man ordentlich plant, miteinander diskutiert und
- 22 um die beste Lösung ringt. Nicht alles lässt sich binnen weniger Monate beheben.
- 23 Wir haben gerade erst begonnen, Berlins Politik genauso modern, weltoffen,
- 24 sozial und ökologisch zu gestalten, wie es die Menschen in dieser Stadt seit
- 25 langer Zeit vorleben.
- 26 Mit dem Haushalt für die Jahre 2018/19 haben wir die finanziellen
- 27 Voraussetzungen dafür geschaffen: 500 Millionen Euro pro Jahr für zusätzliche
- 28 Investitionen sowie 2.700 neue Stellen, vor allem bei Schulen, Polizei und
- 29 Feuerwehr. Die Koalition hat zugesagt, die Beamtenbesoldung in dieser
- 30 Legislaturperiode an den Durchschnitt der anderen Bundesländer anzugleichen. Wir
- 31 investieren 100 Millionen Euro in die Berliner Stadtwerke und damit in die
- 32 Umsetzung der Energiewende. Mit unserem Mobilitätsgesetz stärken wir die
- 33 Fahrradinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr. Die Bezirke können endlich
- 34 aufatmen: Auch sie erhalten 60 Millionen Euro zusätzlich für Personal und neue
- 35 Projekte. Bei all dem werden wir aber auch unserer Verpflichtung zum
- 36 Schuldenabbau nachkommen.
- 37 Stadtraum gerecht verteilen – den Verkehr zum Fließen bringen
- 38 Berlin ist das erste Bundesland, das ein Mobilitätsgesetz verabschiedet. Wir
- 39 zeigen, dass es möglich ist, Stadtraum gerecht zu verteilen und den Verkehr für
- 40 alle wieder zum Fließen zu bringen. Im Dialog mit den Initiator*innen des

41 Volksentscheid Fahrrad und vielen anderen verkehrspolitischen Akteur*innen der
42 Stadt hat unsere Verkehrsministerin Regine Günther einen deutschlandweit
43 einmaligen Gesetzesentwurf erarbeitet. Die Umsetzung wird ein hartes Stück
44 Arbeit. Das Ziel haben wir dabei immer fest im Blick: Kinder und ältere Menschen
45 sollen genauso sicher Radfahren können wie Menschen, die lange Strecken schnell
46 zurücklegen wollen. Fußgänger*innen werden erstmals ernst genommen. Wir prüfen
47 und planen neue Tram-Strecken und nehmen endlich das nötige Geld in die Hand, um
48 den Sanierungsstau bei Brücken und Straßen in den Griff zu bekommen.

49
50 Mobilität ist auch eine soziale Frage und gehört für uns zur Daseinsvorsorge.
51 Genau wie wir eine Spaltung zwischen Rad- und Autofahrer*innen nicht zulassen,
52 akzeptieren wir es nicht, dass nur Menschen mit dem nötigen Geld im Portemonnaie
53 mobil sind. Unsere Ministerin Ramona Pop ist verantwortlich für die Betriebe der
54 Stadt, auch für die BVG. Schon im ersten Jahr hat sie es geschafft, das
55 Sozialticket von 36 Euro auf 27,50 Euro deutlich zu vergünstigen.

56
57 Wir denken Mobilität als Gesamtkonzept. Nur wenn zu Fuß gehen, Fahrradfahren, U-
58 Bahn-Fahren, Car-Sharing-Angebote und das eigene Auto zusammenkommen und nicht
59 mehr gegeneinander ausgespielt werden, fließt der Verkehr wieder und die Stadt
60 wird mobil für alle.

61 Mit neuen Elektrobussen, mit einem günstigeren Sozialticket und der Sanierung
62 von Brücken haben wir bereits jetzt vieles erreichen können. Doch das reicht uns
63 noch lange nicht. Wir werden eine Kommission ins Leben rufen, die das komplette
64 Tarifgefüge überarbeitet und auch unsere Vision eines Barentickets – also eines
65 umlagefinanzierten ÖPNV – untersucht. Wir werden ein Verkehrskonzept erstellen
66 und sichere Radwege sowie ein Radwegenetz schaffen. Und wir werden den
67 öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen, ökologischer machen und die
68 Taktungen erhöhen.

69 Nachhaltig, zukunftsorientiert und gerecht – Wirtschaftspolitik für Berlin

70 Nach Jahren des Strukturwandels und wirtschaftlicher Schwäche, die verbunden
71 waren mit einem schmerzhaften Verlust an Arbeitsplätzen, insbesondere in der
72 Industrie, entwickelt sich Berlins Wirtschaft dynamisch und positiv, sie wächst
73 deutlich stärker als der Bundesdurchschnitt. Allein in den letzten zwölf Monaten
74 sind 60.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze neu entstanden. Noch nie
75 war die Arbeitslosigkeit im wiedervereinten Berlin niedriger als heute.

76 Diese wirtschaftliche Dynamik muss spürbar bei den Menschen in der Stadt
77 ankommen. Auf Initiative unserer Wirtschaftsministerin Ramona Pop haben wir
78 deshalb das Landesmindestentgelt im Berliner Vergabegesetz auf neun Euro
79 angehoben. Um mehr Teilhabe an Mobilität zu ermöglichen, haben wir die
80 jährlichen Tarifierhöhungen ausgesetzt, bis eine neue Tarifstruktur erarbeitet
81 ist.

82 Die Berliner Landesunternehmen sind starke Partnerinnen: Sie unterstützen die
83 Daseinsvorsorge, investieren in Berlins Infrastruktur und sorgen für mehr
84 Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) investieren
85 zwei Milliarden Euro bis zum Jahr 2021, u.a. für eine bessere, ökologische
86 Wasserqualität, in die Kanalsanierung und in die Wasseraufbereitung. Mit den
87 Stadtwerken investieren die BWB in erneuerbare Energien und in die Energiewende

88 für Berlin. Die BSR investiert in einen modernen Fuhrpark. Wir unterstützen die
89 BSR darin, die ökologische Abfallwirtschaft voranzubringen.

90 Wir packen die Dinge an, die lange liegen geblieben sind. Etwa bei der Messe,
91 die nun endlich die Sanierung des Messegeländes angehen kann. Und auch beim ICC
92 holen wir Versäumtes nach, um das Kongresszentrum wieder funktionsfähig zu
93 machen. Wir sorgen dafür, dass die notwendige Schadstoffsanierung bald beginnen
94 kann.

95 Berlin profitiert wie keine andere Stadt von der Digitalisierung: Ein Fünftel
96 unseres Wirtschaftswachstums entsteht in der Digitalwirtschaft. Heute arbeiten
97 ca. 80.000 Menschen in der Berliner Digitalwirtschaft, jeder achte neue Job
98 entsteht hier. Dabei geht es längst nicht mehr allein um Start-Ups, sondern auch
99 um klassische Industrieunternehmen oder starke Mittelständler*innen, die in
100 Berlin ihre Digitalsparten gründen. Die Vernetzung von Start-Ups und klassischen
101 Unternehmen schafft den Mehrwert. Genau für diese Vernetzung und die
102 Unterstützung von insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der
103 Digitalisierung schafft unsere Wirtschaftssenatorin Ramona Pop die
104 Digitalagentur. Zwei neu geschaffene und von der Wirtschaftsverwaltung
105 geförderte Digital Hubs zu den Themen Internet of Things und FinTech sind
106 bereits gestartet.

107 Verdrängung heißt Spaltung – Recht auf Wohnen sicherstellen

108 Wir sind angetreten, die Spaltung der Stadt in Arm und Reich zu stoppen. Die
109 Wohnungspolitik ist dabei in den letzten Jahren zu einer der zentralen sozialen
110 Fragen Berlins geworden. In manchen Quartieren führt die Gentrifizierung zu
111 einem fast vollständigen Bevölkerungsaustausch, während sie in anderen eine
112 Konzentration und Verfestigung von Armut fördert. Dieser Spaltung treten wir
113 entschieden entgegen: Wir wollen die Berliner Mischung erhalten.

114 Dafür ziehen wir über alle Ebenen hinweg an einem Strang. Unsere bündnisgrünen
115 Baustadträt*innen in Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg,
116 Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln krempeln die Wohnungspolitik in Berlin
117 über die Bezirke von unten um. Es waren grüne Stadträt*innen, die zuerst
118 Milieuschutzgebiete ausgewiesen haben und weiter ausbauen. Und es sind die
119 grünen Baustadträt*innen, die das kommunale Vorkaufsrecht nutzen und soziale
120 Verträge mit Investor*innen abschließen. Über ein Dutzend Häuser konnten so vor
121 Spekulant*innen gerettet werden. Es sind auch grüne Baustadträt*innen, die den
122 Neubau in der Stadt mit vorantreiben und städtebauliche Instrumente nutzen, um
123 mehr sozialen Wohnraum festzusetzen.

124 Für all diese Aufgaben brauchen die Bezirke aber auch mehr Ressourcen. Diese
125 wollen wir durch die Landesebene zur Verfügung stellen zum Beispiel durch einen
126 Aufkauffonds, um das Vorkaufsrecht einfacher ziehen zu können. Außerdem nehmen
127 wir auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stärker in die Pflicht und
128 richten diese deutlich sozial-ökologischer aus. Dabei wollen wir die Anstalt
129 öffentlichen Rechts „Soziale Wohnraumversorgung Berlin“ stärken, um Strategien
130 z.B. zur Senkung von Neubaukosten zu entwickeln. Aber auch private
131 Investor*innen werden sowohl stärker gefördert, als auch stärker durch
132 städtebauliche Verträge gefordert, um einen möglichst hohen Anteil an
133 preisgünstigem Wohnraum bei Neubauten zu erzielen. Im Falle von Abriss und
134 Ersatzneubau wollen wir erreichen, dass preiswerter Wohnraum nicht verschwindet,
135 sondern durch geförderte Sozialwohnungen ersetzt wird.

136 Mit dem Ziel eines umfassenden Wohnraumschutzes werden wir das Gesetz zum Verbot
137 der Zweckentfremdung, die Bauordnung und das Wohnungsaufsichtsgesetz
138 verschärfen. Mit einem Treuhand-Modell wollen wir im äußersten Fall leerstehende
139 Häuser auch ohne die Eigentümer*innen Wohnzwecken wieder zuführen.

140 Unser Senator Dirk Behrendt sagt mit der neu gegründeten „Fachstelle gegen
141 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“ Ausgrenzung – zum Beispiel aufgrund von
142 Herkunft oder Religion – den Kampf an. Mit seinen Bundesratsinitiativen zur
143 Verschärfung der Mietpreisbremse und des Kündigungsschutzes zeigt er, dass wir
144 nicht ruhen werden, ehe wir hier deutliche Verbesserungen erreicht haben.

145 Mit einer Förderung für Genossenschaften, mit der Einrichtung eines Runden
146 Tisches für Wohnungspolitik, mit dem Ausbau offener Mieterberatungen sowie dem
147 verbesserten Rechtsschutz von Transferhaushalten, mit dem Einsatz des
148 Vorkaufsrechts und mehreren Bundesratsinitiativen, haben wir Grüne schon einiges
149 umsetzen und anstoßen können. Doch das reicht uns noch lange nicht. Wir brauchen
150 mehr Sozialwohnungen, die ihren Namen auch verdienen, eine enge Zusammenarbeit
151 mit Genossenschaften bei der Vergabe von Grundstücken, einen umfassenden Schutz
152 von Bestandsmieter*innen und wir wollen dafür sorgen, dass Gewerbetreibende und
153 soziale Einrichtungen ebenfalls vor Verdrängung geschützt werden können.

154 Ein ökologischer Aufbruch für Berlin

155 Wir haben im Wahlkampf einen ökologischen Aufbruch für Berlin versprochen. Nach
156 einem Jahr können wir sagen: Wir sind mittendrin. Während sich die ganz große
157 Koalition der anderen Parteien auf Bundesebene noch gegen den Kohleausstieg
158 stemmt, haben wir es in Berlin mit unserer Senatorin Regine Günther geschafft:
159 Der Kohleausstieg ist Gesetz. So hat es das Abgeordnetenhaus am 19. Oktober
160 beschlossen. Schon im Mai ging das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk vom Netz.
161 Bis spätestens 2030 wird auch das letzte Steinkohlekraftwerk abgeschaltet sein.
162 Mit der gesetzlichen Festlegung ist Berlin zur Vorreiterin geworden. Kohle gibt
163 es künftig in Berlin nur noch zum Grillen.

164 Wir begreifen die Energiewende als Chance. Wir schalten alte Energie ab und
165 verfolgen die Etablierung eines kohlefreien, effizienten und flexiblen
166 Energiemarktes. Berlin bekennt sich mit uns nun endlich zu einer entschiedenen
167 Umsetzung der Energiewende. Wir modernisieren Berlin sozial-ökologisch und
168 investieren in die Stadt von morgen. Deshalb hat unsere Senatorin Ramona Pop
169 auch dafür gesorgt, dass das Stadtwerk endlich von seinen Fesseln befreit wird.

170 Wir werden uns weiterhin für Mieterstrommodelle stark machen und auch das
171 Potential aller Dachflächen öffentlicher Gebäude daraufhin untersuchen, ob sie
172 für die Installation von Solaranlagen geeignet sind. In einem „Masterplan
173 Solarhauptstadt“ werden wir Maßnahmen anstoßen und mit den Akteur*innen der
174 Energiewirtschaft und Bürgerenergieakteur*innen in die Umsetzung bringen.

175 Ein ökologischer Aufbruch funktioniert nicht, wenn wir uns nur auf den
176 Energiesektor konzentrieren. Auch die BVG machen wir fit für eine Zukunft ohne
177 fossile Energieträger. Versuche mit Elektrobussen zeigen: Der Verbrennungsmotor
178 im ÖPNV ist langfristig verzichtbar. Deshalb investiert die BVG in den kommenden
179 zehn Jahren zwei Milliarden Euro in die Erneuerung ihres Wagenfuhrparks.

180 Und natürlich vergessen wir auch die Tiere in Berlin nicht. Mit der Schaffung
181 einer Tierschutzbeauftragten haben wir hier sehr schnelle und deutliche Akzente
182 setzen können.

183

184 Die Entfesselung des Berliner Stadtwerkes, die Ausstattung der BVG-Busse mit
185 Stickoxidfiltern und der Braunkohleausstieg zeigen: Wir haben längst damit
186 begonnen, Berlin ökologisch umzubauen. Doch auch hier sind wir noch lange nicht
187 fertig und haben große Projekte vor uns. Denn auch die ökologische Frage ist
188 eine soziale Frage. Gerade sozial Schwächere sind von Reizgasen und Feinstaub
189 besonders betroffen. Dagegen werden wir vorgehen. Fahrverbote können dafür aber
190 nur die allerletzte Option sein. Um sie zu verhindern, setzen wir auf Tempo 30
191 und die blaue Plakette – so werden wir sowohl den Verkehr verstetigen als auch
192 die Berliner*innen gesundheitlich schützen.

193

194 Gleich an Rechten und Chancen – Vereint in Verschiedenheit

195 Wir erleben in den vergangenen Jahren das Erstarken politischer Kräfte, die
196 Berlin spalten wollen entlang von Grenzen wie Hautfarbe, Religion, Herkunft,
197 Geschlecht oder sexueller Orientierung. Dem stellen wir uns entschieden entgegen
198 und kämpfen für ein vielfältiges und buntes Berlin, das seine Internationalität
199 als Stärke begreift.

200

201 Unser Senator Dirk Behrendt hat den Entwurf eines Landes-
202 Antidiskriminierungsgesetzes vorgelegt, das in den kommenden Monaten zur
203 Debatte und Abstimmung steht. Das Gesetz soll das schon existierende Allgemeine
204 Gleichbehandlungsgesetz ergänzen. Es soll für die gesamte Berliner Verwaltung
205 gelten. Jede Berliner Behörde wäre damit schadenersatzpflichtig, wenn sie gegen
206 das Gesetz verstößt. Außerdem hätten Antidiskriminierungsverbände endlich das so
207 notwendige Klagerecht.

208 Sei es das Antidiskriminierungsgesetz, die Beauftragte für Diskriminierung auf
209 dem Wohnungsmarkt oder das fokussierte Vorgehen gegen Übergriffe auf
210 Homosexuelle – auch hier hat sich bereits einiges getan, doch auch hier sind wir
211 noch lange nicht am Ziel. Wir wollen mit einem Modellprojekt die Abgabe von
212 Cannabis ermöglichen und so viele Berliner*innen aus der Kriminalisierung
213 befreien. Mit dem Aufbau eines Jugendzentrums für LSBTTIQ* werden wir das
214 Angebot, die Beratung und den Schutz gerade von jungen LSBTTIQ* in Berlin weiter
215 ausbauen.

216 Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

217 Die theoretische Möglichkeit, dass ein Terroranschlag jederzeit auch in
218 Deutschland verübt werden kann, wurde letztes Jahr mit dem Anschlag am
219 Breitscheidplatz zu furchtbarer Wirklichkeit – mitten im Herzen unserer
220 Hauptstadt.

221 Doch unsere Antwort auf den Terror kann und darf nicht die Einschränkung von
222 Bürger*innenrechten und Freiheit sein. Schnelle, populistische Forderungen nach
223 härteren Gesetzen und mehr Überwachung werden die Probleme nicht lösen – und
224 hätten den Anschlag nicht verhindert. Für uns gilt auch hier: Wir prüfen genau,
225 welche Maßnahmen wirklich mehr Sicherheit bringen und werden das als Maßstab
226 nehmen. Dafür müssen die Fehler der Behörden lückenlos aufgeklärt werden.

227 Doch für uns Bündnisgrüne ist auch klar: Es kann nie hundertprozentige
228 Sicherheit geben. Wer dies suggeriert, ist unaufrichtig. Es muss immer darum
229 gehen, die größtmögliche Sicherheit bei möglichst wenig Eingriffen in Freiheit
230 und Bürger*innenrechte zu gewährleisten.

231 Wir haben in Berlin verstanden, dass Prävention und Deeskalation mehr bringen
232 als Law and Order. Die Ausschreitungen um den 1. Mai konnten nicht durch eine
233 harte Hand, sondern durch Deeskalation verringert werden. Die ersten Schritte
234 sind wir hier bereits gegangen, doch vieles liegt erst noch vor uns. Das
235 bedeutet für uns unter anderem eine Stärkung der Polizei vor Ort und bessere
236 Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Ausstattung.

237 Der Blick fürs Ganze

238 Wir verantworten nicht jedes Ressort, fühlen uns aber dennoch verantwortlich
239 dafür, Berlin als Ganzes zu gestalten. Durch die Fraktion, durch die Partei und
240 durch die vielen engagierten grünen Mitglieder, nehmen wir daher auch auf alle
241 anderen Bereiche Einfluss und drängen auch hier ungeduldig darauf, mehr zu
242 erreichen.

243
244 Der Freizug der Turnhallen war ein großer Erfolg – die menschenunwürdige
245 Unterbringung ohne Privatsphäre hatte endlich ein Ende und die Turnhallen können
246 wieder für Schul- und Vereinssport genutzt werden oder werden derzeit noch dafür
247 wieder hergerichtet. Die Herausforderungen, denen Berlin durch die Menschen auf
248 der Flucht, die bei uns bleiben werden, gegenübersteht, sind damit aber bei
249 Weitem nicht bewältigt sind. Wir erwarten, dass hier ein umfassendes Konzept
250 erarbeitet wird, um Ausgrenzung und Chancenungleichheit vorzubeugen und dazu
251 beizutragen, dass Berlin auch für Menschen, die neu in die Stadt kommen, schnell
252 zu einem Zuhause wird.

253
254 Die Situation von obdachlosen Menschen in Berlin ist unerträglich. Viel zu lang
255 hat die Regierung hier weggeschaut – doch für uns Grüne gilt: Nicht nur, wer
256 eine Lobby hat, hat ein Recht, in Berlin menschenwürdig zu leben. Wir kämpfen
257 deshalb auch weiterhin für die, deren Stimme kaum gehört wird. Wir fordern vom
258 Senat, dass er hier endlich handelt und gemeinsam mit den Bezirken diese
259 Problematik angeht.

260 Als feministische Partei haben wir Grüne in allen Bereichen auch die Frauen* im
261 Blick. Alle Frauen* müssen in Berlin selbstbestimmt und gewaltfrei leben können.
262 Wir Grüne kämpfen dafür, dass mindestens die Hälfte der Macht den Frauen*
263 gehört. Rot-Rot-Grün hat sich in der Frauen*- und Gleichstellungspolitik
264 ehrgeizige Ziele gesetzt. Wesentliche Schritte sind wir schon gegangen, etwa bei
265 der Aufstockung von Plätzen in Frauen*häusern, der Einrichtung eines runden
266 Tisches zur Sexarbeit und bei der Bekämpfung von Cybergewalt. Wir Grüne werden
267 darauf drängen, dass es weiter mit großen Schritten vorangeht.

268 Außerdem muss es beim Schulbau und der Schulsanierung endlich vorangehen. Über
269 50 neue Schulen werden in den nächsten Jahren entstehen müssen. Der
270 Sanierungsbedarf im Schulbestand ist nach wie vor enorm. Es ist unzumutbar, dass
271 Schüler*innen und Lehrer*innen in Gebäuden arbeiten, wo die Wände feucht sind,
272 wo der Putz herunterfällt oder es durchs Dach regnet – vom Zustand der Toiletten
273 in vielen Schulen ganz zu schweigen. Die Sonderprogramme der letzten Regierung
274 haben hier keine dauerhafte, strukturell verankerte Abhilfe schaffen können.
275 Deshalb haben wir bereits in der letzten Wahlperiode ein grünes Konzept
276 vorgelegt, wie Schulbau und -sanierung anders organisiert werden können.
277 Entscheidend ist dabei, dass wir die Bezirke befähigen, dies zu leisten. Schulen
278 sollen in Zukunft nicht nur notdürftig geflickt, sondern ordentlich saniert
279 werden. Wir haben lange genug darüber debattiert, wie das gehen könnte. Es ist

280 an der Zeit, dass nun endlich saniert wird.

281

282 Auch im Bereich der Kinderbetreuung muss sich noch einiges tun. Dass inzwischen
283 Kitaplätze nicht genutzt werden können, weil das Personal nicht zur Verfügung
284 steht, ist nicht hinnehmbar. Wir fordern den Senat deshalb auf, schnell dafür
285 Sorge zu tragen, dass der Beruf der*des Erzieher*in attraktiver wird. Dazu
286 gehört sowohl ein besseres Gehalt als auch bessere Arbeitsbedingungen (z.B. ein
287 besserer Betreuungsschlüssel, bessere Ausstattung und zusätzliche Zeit für
288 Dokumentationsarbeit).

289 Und nicht zuletzt funktioniert Berlin nur, wenn auch die Verwaltung
290 funktioniert. Im Zentrum steht dabei – gerade angesichts der anstehenden
291 Pensionierungswelle und des eklatanten Fachkräftemangels – eine
292 Ausbildungsoffensive und gezieltes Anwerben von qualifiziertem Personal. Um
293 keine Gießkannenpolitik zu betreiben, braucht es ein
294 Personalentwicklungskonzept. Auch das Thema angemessene Entlohnung und gute
295 Arbeit packen wir an. Und mit E-Recruiting und Sammelausschreibungen wollen wir
296 auch neue Formen der Einstellung praktizieren, um den hohen Personalbedarf zu
297 decken und die lange Einstellungsdauer zu reduzieren.

298 Ein weiterer Baustein ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Mit
299 dem Berliner eGovernment-Gesetz haben wir die Grundlage geschaffen. Am Ende
300 dieses ambitionierten Prozesses steht die digitale Berliner Verwaltung mit einer
301 eAkte und einem Servicekonto, über das so gut wie alle Bürgerdienste – vom
302 Kitaantrag bis zur Eheanmeldung – erledigt werden können.

303 Nur mit funktionierenden Bezirken, einer gut ausgestatteten Verwaltung und klaren
304 Zuständigkeiten werden wir die vielen großen Baustellen auch meistern können.
305 Dafür haben wir die Grundlagen geschaffen, doch es liegt auch noch ein gutes
306 Stück Arbeit vor uns.

307 Berlin wird grün

308

309 Die nächsten vier Jahre werden entscheidend sein in der Frage, ob es uns
310 gelingt, Berlin in seiner einzigartigen Weise zu erhalten und gleichzeitig fit
311 für die Zukunft zu machen. Bündnis 90/Die Grünen Berlin haben bereits jetzt
312 gezeigt, dass sich etwas ändern kann, wenn wir an der Regierung beteiligt sind.
313 Der Anfang ist gemacht, die am Ende entscheidende Umsetzung steht uns aber in
314 vielen Punkten noch bevor. Wir wollen, dass Berlin weiter für alle, die hier
315 schon lange leben und für alle, die neu dazu kommen, ein Zuhause bleibt oder
316 wird. Deshalb müssen die Probleme dieser Stadt jetzt entschlossen angepackt
317 werden. Dafür braucht es uns Grüne, die voller Ungeduld Berlin umgestalten
318 wollen. Das hat gerade erst begonnen.

L-02 Herzlich Willkommen – jetzt auch in staatlich

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2017
Tagesordnungspunkt: T-4 Leitantrag L-02

1 Herzlich Willkommen – jetzt auch in staatlich

2 Berlin, wie es heute ist, ist aus Zuwanderung entstanden – vom Mittelalter an.
3 Ob Menschen aus Flandern oder Tschechien, ob Hugenott*innen, Jüd*innen aus Polen
4 und Russland, sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus Vietnam, Mosambik und der
5 Türkei oder Geflüchtete aus dem Nahen und Mittleren Osten: Berlin war immer vom
6 Zuzug, von Einwanderung und vom Wandel geprägt. Genau das macht Berlin aus. Es
7 ist auch diese Multikulturalität, die Berlin so liebenswert macht.

8 Lange wurde die Zuwanderung allerdings nicht als das betrachtet was sie ist: Ein
9 Gewinn für Berlin und die gesamte Bundesrepublik. Seit den 1950er-Jahren wurden
10 viele politische Fehler gemacht. Sinnbildlich steht dafür das Konzept der
11 „Gastarbeiter*innen“: Selbst nach Jahrzehnten in Deutschland wurden diese noch
12 als „Ausländer*innen“ behandelt, die lediglich den deutschen Fachkräftemangel
13 decken und dann wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten. Es gab
14 keine Integrationsangebote, keine Deutschkurse, sogar eigene Wohngebiete, in
15 denen versucht wurde, die Gruppen zu isolieren. Einbürgerungen und Integration
16 wurden erschwert statt erleichtert. Statt mit den Menschen auch ihre Religion in
17 Deutschland willkommen zu heißen, wurde mit der Türkei vertraglich vereinbart,
18 dass sie für die religiösen Bedürfnisse ihrer hier lebenden Bürger*innen
19 zuständig sei – mit türkischen Imamen, die in DITIB-Moscheen predigen. Der
20 Arbeit der Moscheen, seien sie arabisch, bosnisch, afrikanisch oder türkisch,
21 wurde keine Beachtung geschenkt – weder im Guten noch im Problematischen. Die
22 Folgen von all dem sind noch heute spürbar.

23 Berlin hilft – vorhandene Strukturen ausbauen und stärken

24 Trotz der fehlenden Willkommenskultur entstand seit den 60er-Jahren eine
25 vielfältige Landschaft aus Migrant*innenselbstorganisationen, um beim
26 Zurechtkommen in Berlin zu helfen, um Sprache und Kultur zu pflegen und auch, um
27 im politischen Raum Stellung zu beziehen. Diese Organisationen haben eine
28 Brückenfunktion in der Einwanderungsgesellschaft. Sie unterstützen heute –
29 zusammen mit vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen von Freiwilligen und
30 Ehrenamtlichen – Geflüchtete in Berlin. Hier finden sich viele
31 Sprachmittler*innen und Sozialarbeiter*innen, sie sind Wegweiser*innen durch
32 Asyl- und Gesundheitsversorgung. Oft sind sie aktive Mitglieder der
33 Wohlfahrtsverbände und bringen dort ihr Wissen und ihre Erfahrung ein.

34 Mit diesen Netzwerken und ihrer zivilgesellschaftlichen Kompetenz wollen wir die
35 Integrationspolitik für die Geflüchteten gestalten, die in den letzten Jahren
36 nach Berlin gekommen sind und in Zukunft kommen werden. Die innovative Kraft für
37 eine wirkungsvolle Integrationsarbeit ist vor Ort: in den Kiezen und den
38 konkreten Projekten.

39 Auch die Politik ist allmählich aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Seit den
40 Tagen des LaGeSo-Skandals, als Geflüchtete tagelang im Freien kampieren mussten,

41 um sich registrieren zu lassen, wurden wichtige Schritte gegangen. Dass die
42 Turnhallen innerhalb kurzer Zeit nach dem Regierungswechsel leergezogen wurden
43 und dass Berlin auch denen passende Sprach- und Integrationskurse anbietet, die
44 vom BAMF keine bekommen, ist richtig und entscheidend. Doch es gibt noch viel zu
45 verbessern: Gesundheitsversorgung und Behandlung von Traumata, Anerkennung der
46 mitgebrachten Qualifikationen oder von Ausbildung und Studium, Kitabesuch und
47 Schule für die Kinder, Ankommen in der Berliner Vielfalt sowie der Übergang von
48 Tempohomes und MUFs (Modulare Unterbringung für Flüchtlinge) in eigene
49 Wohnungen.

50 Integration beginnt an Tag Eins!

51 Berlin schafft es seit jeher, dass der Kaninchenzüchterverein neben dem
52 Technoclub existiert, dass Unterschiede ausgelebt werden und dieses
53 Nebeneinander funktioniert. In Berlin geben wir uns die Freiheit, verschieden zu
54 sein – basierend auf einem gemeinsamen Grundkonsens, trotz unterschiedlicher
55 Interessen, Vorlieben und Lebensweisen. Die meisten Geflüchteten freuen sich
56 über diese Freiheit. Zugleich haben viele auch ein Bedürfnis nach Orientierung.
57 Dabei geht es darum, typische Umgangsformen des Alltags kennenzulernen, aber
58 auch um die verbindlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens wie zum Beispiel das
59 Grundgesetz.

60 Das geschieht vor Ort und im Miteinander, durch konkrete Menschen und ab Tag
61 Eins. Tag Eins bedeutet: noch in der Herkunftssprache. Deshalb müssen die
62 Integrationskurse nicht nur für alle geöffnet, sondern endlich vom Kopf auf die
63 Füße gestellt werden: Grundlegende Orientierung gehört an den Anfang und nicht
64 ans Ende eines eineinhalbjährigen Kurses. Ein gutes Beispiel dafür, wie es gehen
65 kann, ist das Projekt „Willkommen im Rechtsstaat“ der Senatsverwaltung für
66 Justiz. Richter*Innen und Anwälte*innen gehen gemeinsam mit Dolmetscher*innen in
67 die Schulen und Volkshochschulen, aber auch in Geflüchteteinrichtungen, und
68 diskutieren mit den Geflüchteten über unsere Rechts- und Werteordnung, über
69 Gleichstellung und faire Verfahren.

70 Die eigentlichen Kulturmittler*innen sind jedoch die Menschen, denen Geflüchtete
71 in ihrem Alltag begegnen: Das sind zunächst Freiwillige in den Unterkünften,
72 Integrationslots*innen, Sozialarbeiter*innen, engagierte Gemeindemitglieder in
73 Kirchen- und Moscheevereinen – noch bevor dann Nachbar*innen,
74 Vereinskamerad*innen, Kolleg*innen und Mitschüler*innen dazukommen. Wir wollen
75 sie stärken und für ihre verantwortungsvolle Aufgabe besser als bisher
76 vorbereiten. Dazu gehört auch, ein Berufsbild für Integrationslots*innen zu
77 entwickeln.

78 Berlin lebt in den Kiezen – die Geflüchteten auch

79 Neben dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) sind die Bezirke
80 regelmäßiger Anlauf- und Kontaktpunkt für Geflüchtete und spielen damit eine
81 entscheidende Rolle. Interkulturelle Kompetenz in den Verwaltungen und gezielte
82 Information über bezirkliche Angebote in den Bereichen Jugend, Gesundheit etc.
83 können wichtige Impulse für das Leben von Geflüchteten in Berlin setzen. Dafür
84 braucht es auch eine gute Verweisberatung in den Ämtern, denn gerade
85 niedrigschwellige Angebote kann der Staat oft gar nicht bieten. Vor Ort sind die
86 Migrant*innenorganisationen, Initiativen und Vereine aktiv mit ihren
87 Sprachmittler*innen, ihren Beratungsangeboten, ihren Kontakten zu den Ämtern,
88 ihrer Vernetzung mit anderen Angeboten. Eine enge Zusammenarbeit mit

89 Integrationslots*innen und eine enge Verzahnung der bezirklichen
90 Integrationsangebote mit den Willkommensangeboten der Integrationsverwaltung
91 sind dabei enorm wichtig.

92 Neben den Schulen, den Jugendfreizeiteinrichtungen und den Familien- und
93 Nachbarschaftszentren leisten auch Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag –
94 denn sie vermitteln nicht nur Sprachkenntnisse, sondern bieten auch Raum für
95 Austausch, Orientierung und Diskussionen über Bräuche und Kulturen unserer
96 Gesellschaft. In einigen Volkshochschulen gibt es mittlerweile Stellen, die sich
97 um die Verzahnung von Spracherwerb und beruflicher Qualifizierung kümmern. Doch
98 auch Musikschulen, Bibliotheken oder andere Kultureinrichtungen der Bezirke
99 bieten Raum für Qualifizierung, Begegnung und Austausch. Mehrsprachige und
100 sprachqualifizierende Angebote sind mittlerweile in allen Bezirken fester
101 Bestandteil des Medienangebotes der Bibliotheken. Hier noch mehr Angebote wie
102 Nachhilfe, Bewerbungs- oder Schuldenberatung zu machen, ermöglicht Geflüchteten,
103 sich zu qualifizieren und ihr Leben eigenständig zu gestalten.

104 Berlin lebt in seinen Kiezen. Auch für die Integration Geflüchteter ist hier
105 also der beste Anknüpfungspunkt. Deshalb wollen wir die Kieze stärken. Dazu
106 gehört eine intensive Verzahnung der bezirklichen Angebote über Ressorts hinweg
107 genauso wie sozialräumliche Betrachtung und Gestaltung von Angeboten, die kurze
108 Wege und viele Begegnungen ermöglichen. Einander ergänzende staatliche und
109 ehrenamtlich organisierte Angebote sowie Angebote sozialer Träger, die allen
110 Bewohner*innen des jeweiligen Kiezes offenstehen und gemeinsam mit den Menschen
111 über Quartiersräte und Zukunftskonferenzen gestaltet werden, stärken
112 gemeinschaftliche Identifikation und Zusammenhalt im Kiez. Stadtteilzentren
113 können einen wichtigen Beitrag gegen Rassismus und Ausgrenzung und für mehr
114 Demokratie leisten.

115 Auch Sport hilft vielen Geflüchteten hier anzukommen: Er ist international und
116 funktioniert auch ohne gemeinsame Sprache. Viele Sportvereine und freie
117 Sportgruppen haben hier in den vergangenen Jahren großartige Arbeit geleistet.
118 Wir unterstützen sie dabei, weitere Sportangebote in der Nähe von Unterkünften
119 für die gesamte Nachbarschaft auszubauen – denn so können wir die Möglichkeit
120 der Begegnung durch gemeinsamen Sport stärken. Dafür braucht es aber auch eine
121 interkulturelle Öffnung der Strukturen in den Sportorganisationen.

122 Ankommen und dabei sein – durch Bildung und Arbeit

123 Für geflüchtete Kinder und Jugendliche sind Kita und Schule enorm wichtige Orte,
124 die gelingende Integration ermöglichen. Eine vorausschauende Planung, die
125 ausreichend Kita- und Schulplätze sicherstellt, sowie genug den Anforderungen
126 entsprechend geschultes Personal sind dafür unverzichtbar. Wir wollen zusätzlich
127 eine Bildungsberatung für alle Familien bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen
128 etablieren.

129 Sobald geflüchtete Kinder eine Kita besuchen, sind sie mittendrin. Was für sie
130 anfangs ein Sprung ins kalte Wasser ist, erweist sich in der Regel schnell als
131 Garant für Spracherwerb und Integration. Diesen inklusiven Ansatz halten wir
132 auch für den schulischen Bereich für richtig.

133 Unser Ziel bleibt die inklusive Beschulung mit entsprechender Unterstützung der
134 Lehrkräfte und Sozialpädagog*innen in Regelklassen. Dennoch werden wir auch
135 weiterhin Willkommensklassen brauchen – aber mit mehr Unterstützung, als es sie

136 bisher gibt. Es braucht endlich ein berlinweites Curriculum und ein Verzeichnis
137 geeigneter Lehrmaterialien. Und eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive für
138 alle Lehrkräfte, die derzeit in Willkommensklassen arbeiten. Damit Kinder auch
139 in Willkommensklassen am Schulleben teilhaben können, müssen die Klassenräume
140 auf dem Schulgelände sein und die Kinder bei der Essensversorgung, aber auch bei
141 allen Angeboten wie Ausflügen oder Nachmittagskursen, mit einbezogen werden.

142 Junge Muslimas der sogenannten zweiten und dritten Generation wollen mit
143 Kopftuch an Berliner Schulen unterrichten. Sie erleben das Berliner
144 Neutralitätsgesetz als Berufsverbot und wehren sich dagegen. Vor diesem
145 Hintergrund wird in Berlin heftig darüber diskutiert, ob das Neutralitätsgesetz
146 geändert werden muss. Wir stellen fest, dass sich nach der Rechtsprechung des
147 Bundesverfassungsgerichts ein pauschales Verbot des Kopftuchs für Lehrer*innen
148 nicht mehr halten lässt. Wir wollen eine lösungsorientierte Debatte
149 vorantreiben, die sich an praktischen Erfordernissen von Schulen orientiert. Wir
150 Grünen halten die Neutralität des Staates für ein hohes Gut. Schule muss ein
151 diskriminierungsfreier Raum sein: Keine*r darf wegen seiner Religion
152 diskriminiert werden und niemandem darf eine religiöse Vorstellung aufgezwungen
153 werden. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Geflüchteten aus arabischen
154 Ländern kommen und muslimisch sind, bekommt der Umgang mit sichtbarer Religion
155 in den Schulen eine neue Dringlichkeit. Hierfür brauchen die Schulen
156 Unterstützung, um den alltäglichen Herausforderungen gewachsen zu sein.

157 Das System der Sprach- und Integrationskurse wollen wir für alle Geflüchteten
158 passend machen, dafür wo nötig ergänzende Angebote machen und enger als bislang
159 mit der Bundesagentur für Arbeit und dem BAMF kooperieren. Der prekäre
160 Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung oder
161 berufsvorbereitende Maßnahmen verhindern. Beschäftigungserlaubnisse sollte die
162 Bundesagentur für Arbeit erteilen und nicht länger das BAMF. Wir brauchen ein
163 Ausbildungsbleiberecht statt einer Ausbildungsduldung. Wir wollen mehr
164 modularisierte Angebote schaffen, denn unter Geflüchteten gibt es sowohl
165 Studienabbrecher*innen als auch Analphabet*innen. Orientierung und wo nötig
166 Alphabetisierung in der Herkunftssprache schaffen die Grundlage für die
167 erfolgreiche Teilnahme am Sprachkurs und für ein Ankommen von Anfang an. Sprache
168 lernt man am besten in der Praxis. Deshalb wollen wir berufsbezogene
169 Sprachförderung ausbauen und auch schon zu Integrationskursen begleitende
170 Betriebspraktika bzw. praxisbezogene Sprachkurse anbieten. Ausbildungsförderung
171 wie BAB und BAFÖG müssen für alle jungen Geflüchteten ohne Wartezeit verfügbar
172 sein. Umgekehrt sollten Ausbildungsangebote inklusive Förderung auch für über
173 25-Jährige geöffnet werden. Mit Kinderbetreuungsangeboten wollen wir mehr Frauen
174 die Teilnahme an Integrationskursen und Ausbildungsmaßnahmen ermöglichen.

175 Hilfe für die Helfer*innen

176 In Berlin haben sich seit 2015 tausende Freiwillige zusammengefunden und freie
177 Initiativen gegründet. Sie haben Strukturen gebildet, die sehr viel flacher und
178 flexibler sind als die der etablierten Organisationen. Sie haben gezeigt, was
179 Freiwillige in der Lage sind zu leisten. Viele dieser Freiwilligen sind
180 inzwischen nicht mehr Teil einer Initiative, sondern helfen einzelnen
181 Geflüchteten und Familien beim alltäglichen Zurechtfinden und bei
182 Behördengängen. Als Sprach- und Kulturmittler*innen nehmen sie den Behörden viel
183 Arbeit ab, werden aber dennoch häufig als Störfaktor behandelt. Hier muss ein

184 Umdenken in Behörden stattfinden, auch durch Schulungen von
185 Behördenmitarbeiter*innen.

186 Gleichzeitig brauchen die Freiwilligen auch selbst Unterstützung. Sie werden
187 gezwungenermaßen zu Generalist*innen, die aber oft an den bürokratischen Hürden
188 zwischen LAF, Jobcenter, Ausländerbehörde und BAMF verzweifeln. Für sie braucht
189 es Unterstützung, Aufklärung und oftmals selbst Sprachkurse, beispielsweise in
190 Arabisch. Andere wiederum, die keine einzelnen Personen betreuen und in ihren
191 Initiativen aktiv sind, haben mit der Schließung der Notunterkünfte den Ort
192 ihres ehrenamtlichen Engagements, ihre ehrenamtliche Heimat verloren. Denn
193 Initiativen brauchen physische Räume, in denen sie sich treffen und koordinieren
194 können. Hier sind das Land Berlin, aber auch die Bezirke gefordert,
195 entsprechende Räume zu schaffen, die aus den Geldern des ehemaligen „Masterplan
196 für Integration und Sicherheit“ finanziert werden können.

197 Integration ist ein Gewinn – für alle!

198 In den verschiedenen Phasen, die Geflüchtete nach ihrer Ankunft durchlaufen,
199 wollen wir sie bestmöglich unterstützen. Es geht darum, in allen Lebensbereichen
200 und insbesondere an den Übergängen – von Kita in Schule, von Schule in
201 Ausbildung oder Studium, beim Erwachsenwerden, bei Wohnungswechsel oder beim
202 Wechsel von Zuständigkeiten der Behörden – Brüche zu vermeiden, Zugänge zu
203 schaffen und für Begleitung zu sorgen, um so Teilhabe und ein selbstbestimmtes
204 Leben zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen. Insbesondere der Übergang von
205 unbegleiteten Minderjährigen ins Erwachsenenalter als Heranwachsende muss
206 stärker unterstützt werden. Es braucht mehr Angebote auch über den 18.
207 Geburtstag hinaus. Das gilt für Angebote des betreuten Wohnens, für die
208 Begleitung durch Erwachsene, aber auch für die Schule. Nicht alle bringen aus
209 ihrer Heimat genügend Schulbildung mit, um hier auf dem üblichen Weg zu
210 Schulabschlüssen zu kommen. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass an
211 zunächst 16 Berliner Schulen Lerngruppen für geflüchtete Jugendliche
212 eingerichtet werden, die auf den guten Erfahrungen mit produktivem Lernen
213 aufbauen und Jugendlichen durch den Kontakt zu Betrieben den Übergang in
214 Ausbildung erleichtern.

215 Dabei gibt es Bedarfe, die sich aus der besonderen Situation von Geflüchteten
216 ergeben. Es gibt aber auch Bedarfe, die Geflüchtete ebenso betreffen wie andere
217 Gruppen in der Bevölkerung. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen
218 wir sicherstellen, dass Menschen – ob geflüchtet oder hier aufgewachsen – nicht
219 wegen ihrer Herkunft oder Religion Nachteile erfahren. Denn wer Teil unserer
220 Gesellschaft ist, sollte dies auch im Alltag erfahren. Grüne Integrationspolitik
221 ist inklusiv, wir wollen daher bestehende Maßnahmen und Angebote für Geflüchtete
222 öffnen, aber darüber hinaus Angebote schaffen, die Barrieren auch für andere
223 Gruppen aus dem Weg räumen. Wir nutzen die Chance, mit den Maßnahmen, die zur
224 Unterstützung der Geflüchteten beim Ankommen und beim Aufbau ihres Lebens in
225 Berlin nötig sind, längerfristige Innovationen für die ganze Stadt
226 voranzubringen.

227 Dazu zählt etwa, Unterkünfte so zu bauen, dass sie später auch für andere Formen
228 des gemeinschaftlichen Wohnens – Student*innen, Frauen* mit Kindern aus
229 Frauen*häusern, Senior*innen etc. – geeignet sind, wie es derzeit beispielhaft
230 auf dem ehemaligen Jerusalemfriedhof in Neukölln geschieht. Wenn wir die
231 Kapazitäten für temporäres Wohnen ausbauen, hilft das auch der wachsenden Zahl

232 von Wohnungslosen. Die Kompetenzfeststellung für Geflüchtete, die Grundlage für
233 die Arbeitsmarktintegration ist, soll auch Langzeitarbeitslosen zugutekommen.

234 Erleichterungen bei der Qualifikation von Quereinsteiger*innen aus
235 Willkommensklassen für den Lehrer*innenberuf wollen wir öffnen, so dass sie auch
236 den Lehrer*innen mit ausländischen Abschlüssen zugutekommen. Mit mehr und
237 verlässlicher Unterstützung und einem schlüssigen Konzept werden
238 Willkommensklassen – einst aus der Not geboren – zu „Durchlauferhitzern“, die
239 Anfangsschwierigkeiten aller neuzugewanderten Kinder abbauen helfen und sie fit
240 machen für den Besuch von Regelklassen.

241 Wir wollen die Erfahrungen mit dem teils überwältigenden Engagement von
242 Freiwilligen seit 2015 nutzen, um dauerhaft Strukturen für Engagement zu stärken
243 und die Verwaltung für die Kooperation mit der Zivilgesellschaft zu öffnen.
244 Nicht nur in Unterkünften, sondern überall. Nicht alles, aber vieles kann, wenn
245 es nachhaltig gemacht wird, auch anderen Zielgruppen zugutekommen. So schaffen
246 wir es, dass Integration nicht zum Spielfeld von Rechtspopulist*innen wird,
247 sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

248 Die Zeit ist überreif – mit Grün geht's voran

249 Bisläng gibt es kein Gesamtkonzept für Integration. Auch wir haben noch nicht
250 alle Antworten. Der „Masterplan für Integration und Sicherheit“, den der rot-
251 schwarze Senat in Auftrag gegeben hatte, wurde ohne diejenigen Akteur*innen
252 formuliert, die ihn umsetzen müssten: Die NGOs, die Schulen, Oberstufenzentren,
253 Universitäten, Kammern, Wirtschafts- und Wohlfahrtsverbände. Das wollen wir
254 anders machen. Deshalb werden wir mit den Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft
255 sowie mit Geflüchteten den Dialog suchen, um auf Grundlage ihrer Erfahrungen ein
256 aktuelles Integrationskonzept zu entwickeln und das Partizipations- und
257 Integrationsgesetz fortzuschreiben.